

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkolonats zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgeldkasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., dreiseitige 30 Pfg., die 50 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Ersetzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Ermäßigung. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 223

Freitag, den 24. September 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* In einer neuen Rede vor den Pressevertretern in Genf wandte sich Dr. Stresemann gegen die übertriebenen Kombinationen, die die Auslandspresse an seine Rede in der deutschen Kolonie in Genf geknüpft hat.

Nach einer Meldung aus Madrid besuchte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold am Mittwoch den spanischen Außenminister Ganguas, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

* In Breslau kam es am Mittwoch erneut zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und Erwerbslosen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Zur Frage der Eisenbahnobligationen.

Politische und wirtschaftliche Gefahren des Planes von Thoisy.

Das Reichskabinett tritt am Freitagvormittag nach der für Donnerstag abend erwarteten Rückkehr des Außenministers Dr. Stresemann zur Beratung über die Konferenz von Thoisy zusammen. Nach dem Beschluß des französischen Ministerrats wird das Reichskabinett zunächst die Frage zu prüfen haben, mit welchen diplomatischen Mitteln im Gegensatz zu den offenbar in Paris bestehenden Absichten von vornherein die Verhandlungen über die politischen Konzessionen aufgenommen werden können, die Frankreich an Deutschland für gewisses wirtschaftliches Entgegenkommen machen soll.

Weiter wird sich das Kabinett dann sehr eingehend mit finanzpolitischen Fragen zu beschäftigen haben, die zwischen Briand und Stresemann erörtert worden sind. Es handelt sich dabei bekanntlich um die Frage, ob ein Teil der Obligationen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zugunsten einer Stabilisierungsanleihe für Frankreich verwendet werden kann.

Da über diese Frage in den letzten Tagen die unglaublichsten und verwirrendsten Meldungen in Deutschland und im Auslande erschienen sind, und da man den Eindruck haben muß, daß absichtlich die französische und die englische Presse von Paris aus in verwirrendem Sinne informiert wird, um auf diese Weise neue Forderungen an Deutschland stellen und neue Angebote Deutschlands herauslocken zu können, sei noch einmal zur Klarstellung folgendes festgestellt:

Von 26 Milliarden Kapitalwert der Reichsbahn sind 13 Milliarden als Stammaktien im Besitz der Reichsbahn geblieben und 2 Milliarden als Vorzugsaktien ausgegeben worden. Die übrigen 11 Milliarden hat man als Obligationsschuld in die Hand des Treuhänders gegeben. Die Stammaktien sind von der Verwertung ganz ausgeschlossen. Falls die Vorzugsaktien verkauft werden, fallen drei Viertel des Erlöses der Reichsbahn und das restliche Viertel dem Reiche zu. Es versteht sich von selbst, daß der Anteil der Reichsbahn für Reparationszwecke überhaupt nicht in Frage kommt. Auf den 11 Milliarden Obligationen, die von vornherein für Reparationszwecke bestimmt sind, beruht das Besitzrecht der Entschädigungsgläubiger. Die Obligationen stellen augenblicklich die Schuld zwischen dem Reich und den Gläubigerstaaten dar. Falls ein Teil der Papiere verkauft wird, tritt an Stelle des Staatsgläubigers der Privatgläubiger; das ist der einzige Unterschied. Auch in diesem Falle werden die Zinszahlungen unter dem Transferschutz bleiben, d. h. der Generalagent ist jederzeit in der Lage, die Zinszahlung zu verhindern, wenn dadurch die deutsche Währung gefährdet wird.

Mit allem Nachdruck ist daher zu fordern, daß unter keinen Umständen von deutscher Seite Verpflichtungen übernommen werden können, die über die vom Dawesplan festgesetzte Grenze der Jahresleistungen hinausgehen.

Eine neue Rede Stresemanns.

Genf, 22. Sept. Dr. Stresemann empfing heute in der Mittagsstunde die in Genf anwesenden Pressevertreter aller Nationen. Er erklärte, daß er gekommen sei, Abschied zu nehmen, da er nach Berlin zurückkehren müsse, wohnen ihn die Einberufung des Ministerrates früher als beabsichtigt rufe. Er erklärte weiter: Ich bin in den letzten Tagen über meine Genfer Eindrücke vielfach gefragt worden. Ich mache kein Hehl daraus, daß es Eindrücke der Genugtuung sind. Das gleiche glaube ich auch für die Mitglieder der deutschen Delegation sagen zu können. In allen Fragen,

die uns beschäftigt haben, ist die deutsche Delegation stets einer Auffassung gewesen. Daraus mögen Sie die Gewähr übernehmen, daß die von uns verfolgte Politik sich stets auf die große Mehrheit des Parlaments und darüber hinaus aber besonders auf die große Mehrheit des deutschen Volkes. Ich habe es abgelehnt, in der Beurteilung der Wahlen zum Völkerbundrat von deutschfreundlichen oder deutschfeindlichen Vätern zu sprechen. Ich habe empfunden, daß diejenigen unrecht haben, die davon sprechen, daß der Völkerbund der Ausdruck sei von Mächtekonzenen, die ihn vollkommen beherrschten. Ich muß jedoch noch Gelegenheit nehmen, zu einigen Berichten Stellung zu nehmen, die hier gerade in Ihrem Kreise sich geltend gemacht haben sollen in bezug auf eine Ansprache, die ich gestern vor der Deutschen Kolonie gehalten habe. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind. Ich habe diesen großen Fortschritt darin gesehen, daß in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland heute nicht mehr verhandelt würde über die Ziffer von Besatzungstruppen oder die Verminderung dieser Besatzung um irgendeine Ziffer, sondern über die ganze Frage der Rheinlandsräumung und weiter über die Frage der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland. Ich habe damit keine Indiskretionen begangen, da mir die Havasmeldungen über den gestrigen französischen Ministerrat vorliegen, in denen ganz offen von diesen Fragen gesprochen wird, und ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage gesprochen von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, damit die voraussichtlich stattfindende Abstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr zu Deutschland andeutend. Meine Herren, was ist daraus gemacht worden? Ein Mailänder Blatt soll heute davon sprechen, daß die Eingliederung Österreichs und die Annexion von Tirol an Deutschland gestern verhandelt hätte, und es wird gefragt, ob das alles mit Herrn Briand in Thoisy durchberaten worden sei. Thoisy war sehr schön, psychologisch und wie ich hoffe, auch in der Politik. Aber wenn Sie glauben, daß dort Europa zerstückelt worden oder irgendeine Neuverteilung von Europas Grenzen beschlossen worden ist, dann bitte übersehen Sie den Umfang nicht, den diese Diskussion gehabt hat. Ich glaube, wir alle können uns vom Geiste des Völkerbundes aus der Fortschritte freuen, die die Verständigung der Nationen gemacht hat seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und ich freue mich besonders des Fortschrittes, den die Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland macht, weil ich darin den Kern der großen Frage der europäischen Verständigung sehe. Aber gerade wer diese Verständigung will, der möge sie nicht fördern durch solche Sensationen und durch solche Gerüchte, die in den Laftachen keinerlei Bestätigung finden.

Man hat an mich die Frage gerichtet, ob Deutschland einen ständigen Vertreter in den Völkerbund delegieren würde. Ich darf darauf erwidern, daß das nicht in der Absicht der deutschen Regierung liegt und daß ich Wert darauf lege, die Vertretung im Völkerbundrat selbst zu führen, um auf diese Weise auch die persönlichen Beziehungen zu verstärken, die mich mit den Persönlichkeiten verbinden sollen, deren große Erfahrungen bisher den Völkerbund geführt haben und mit denen ich zusammen zu arbeiten habe. Ich glaube deshalb auch annehmen zu dürfen, daß ich in beiden Lagungen des Völkerbundes und des Völkerbundrates, so weit sie in Genf stattfinden, Gelegenheit haben werden, wieder hier zu sein.

Abreise der deutschen Delegation.

Genf, 22. September. Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. Welmann und Ministerialdirektor Dr. Klep fahren heute nachmittag um 6 Uhr nach Berlin zurück. Die übrigen Mitglieder der Delegation bleiben bis zum Schluß der Völkerbundversammlung in Genf. Staatssekretär v. Schubert wird bis zum Schluß dieser Tagung Deutschland im Völkerbundrat vertreten.

Am Eupen-Malmédy.

Berlin, 22. September. (Draht.) Bis dem Lokalanzeiger von einem Gewährsmann, der mit belgischen Finanzkreisen in enger Fühlung steht, aus Brüssel gemeldet wird, bietet die Frage der Abfindung des belgischen Anspruchs auf Eupen und Malmédy durch finanzielle Leistungen Deutschlands gute Aussichten, zu einem Erfolge zu führen. Man will in belgischen Bankkreisen wissen, daß der Reparationsagent Barter Gilbert dieser Lösung zustimmend gegenüberstehe, da er die hierdurch für Deutschland entstehende finanzielle Mehrbelastung für nicht sehr erheblich hält. Dagegen sei Barter Gilbert der Auffassung, daß die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen finanziell zur Zeit nicht tragbar wäre. In dieser Frage finden naturgemäß seit längerer Zeit Verhandlungen mit den maßgebenden französischen Stellen statt, die aber nicht vom Friede kämen.

Vor dem Abschluß eines südslawisch-bulgarischen Sicherheitspaktes?

Belgrad, 22. September. (Draht.) Wie die Blätter aus Sofia melden, haben die Verhandlungen, die zwischen dem südslawischen Außenminister Dr. Rintischich und dem bulgarischen Außenminister Buroff in Genf geführt wurden, in Sofia starken Eindruck gemacht. Das der Regierung nahestehende Blatt Zora veröffentlicht einen Artikel, in dem die Möglichkeit des Zustandekommens eines Sicherheitspaktes zwischen Jugoslawien und Bulgarien erörtert wird. Der Sonderberichterstatter der Politika in Genf meldet, daß es sicher sei, daß Bulgarien mit Südslawen einen Bündnisvertrag abschließen werde.

Die Kantonnarmee bedroht Schanghai.

London, 22. September. (Draht.) Der Beherrscher der südkoreanischen Küstenprovinzen, General Sun, hat den größten Teil der Provinz Kiangsi planmäßig geräumt und neue Defensivstellungen bezogen. Die Kantonntruppen sind nachgerückt und bedrohen das Hinterland von Schanghai und diesen wichtigen Hafen Chinas selbst.

Amerikanische Aufträge für deutsche Werften.

Berlin, 22. September. Die mexikanische Regierung hat nach einer Reuter-Meldung aus Mexico-City einer deutschen Werft den Bau von zehn Kanonenbooten und zehn Küstenwachtschiffen von je 200 Tonnen, die innerhalb von zwei Jahren abgeliefert werden sollen, übertragen. Außerdem sind noch zehn Wasserflugzeuge in Deutschland bestellt worden. Mit den Erweiterungsarbeiten im Hafen von Veracruz ist gleichfalls eine deutsche Firma beauftragt worden. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Ausbauprogramms bildet die Anlage einer Werft und der Bau eines Trockenocks mit einer Tragfähigkeit von 115 000 Tonnen, deren Kosten sich allein auf 3 Millionen Pesos, etwa 6 Millionen Reichsmark, stellen.

Verlängerung des Ausnahmezustandes in England.

London, 22. September. (Draht.) In der British Gazette wird heute ein königliches Dekret veröffentlicht, durch das der Ausnahmezustand wegen des andauernden Konfliktes im Kohlenbergbau um einen weiteren Monat verlängert wird. Für die Verhandlungen im Unterhaus am kommenden Montag erwartet man heftige Angriffe gegen die Regierung.

Neue Erwerbslosenunruhen in Breslau.

Breslau, 22. Sept. (Draht.) Die Zusammenstöße zwischen Schutzpolizei und Erwerbslosen haben sich heute fortgesetzt. Es kam vor dem Arbeitsnachweis in der Sternschanze zu ernstlichen Zwischenfällen. Die Schupo machte von ihren Gummiknüppeln Gebrauch. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Auch hier scheinen sich, wie bei den gestrigen Vorfällen, die eigentlichen Heher im Hintergrunde gehalten zu haben. Der heutige Zusammenstoß hatte seine Ursache darin, daß die Menge die Verhaftung eines von der Polizei gefaschten Mannes verhindern wollte. Zur Unruhe liegt nach Auskunft der Polizeibehörde keine Veranlassung vor.

Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft bei den thüringischen Landtagswahlen

Weimar, 22. Sept. (Draht.) Heute fand in Weimar eine Besprechung der Deutsch-demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Reichspartei des Mittelstandes (Wirtschaftspartei) statt, in der das künftige Vorgehen zu den Landtagswahlen in Thüringen besprochen wurde. Mit Ausnahme der Deutsch-demokratischen Partei, die sich eine spätere Stellungnahme vorbehielt, stimmten die übrigen Parteien grundsätzlich einem gemeinsamen Vorgehen zu.

Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

Berlin, 22. Sept. Vom 20. bis 22. September hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin eine Tagung ab. Die Einnahmen aus dem Wälterverkehr sind gestiegen, ohne freilich die vorjährige Höhe zu erreichen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind nach wie vor unbefriedigend und bleiben erheblich hinter dem Boranschlag zurück. Der Verwaltungsrat nahm den Bericht über das Eisenbahnvermögen bei Wälterverkehr entgegen und prüfte die ihm vorgelegten Unterlagen über Eisenbahnunfälle und ihre Folgen. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Betriebssicherheit mindestens ebenso günstig ist und daß ein Vergleich mit den ausländischen Bahnen in keiner Weise zu scheitern ist. Zur Bekämpfung von Anschlägen soll der Streifen- und Überwachungsdienst der Reichsbahn noch weiter ausgebaut werden. Um den Verwaltungsbehörden der durch die Wetterrisiken und